



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



2
—
21

DIE NATO – EIN ÜBERBLICK

von Rupert Gröbl



Abbildung; ullstein bild/imageBROKER/J.W.Aiker

Die Gründung der NATO

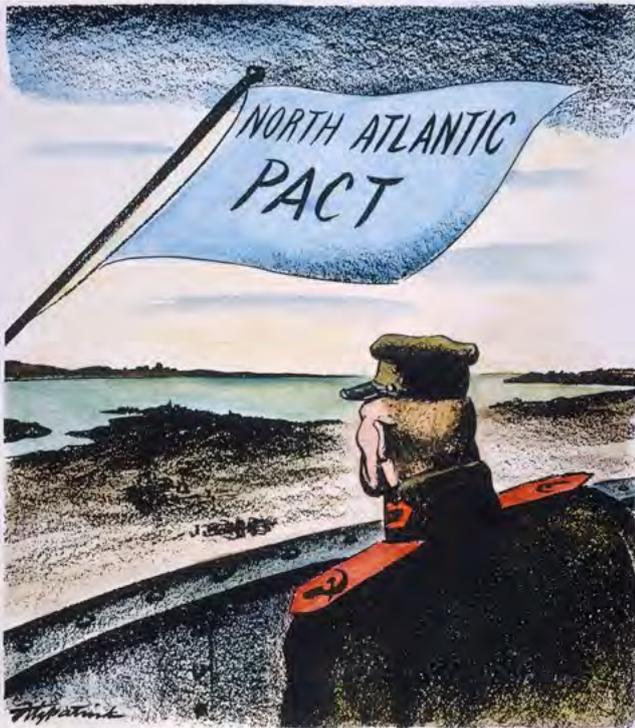
Bereits 1947 schlossen Frankreich und Großbritannien den Vertrag von Dünkirchen, ein noch gegen Deutschland gerichtetes Beistandsabkommen. Bereits ein Jahr später wurde der Pakt in zweierlei Hinsicht weiterentwickelt. Zum einen kamen mit den Benelux-Staaten drei neue Mitglieder hinzu. Zum anderen war in der Präambel zwar noch von einer möglichen deutschen Aggression die Rede¹; der eigentliche Zweck des Bündnisses hatte sich aber geändert: Es sollte Schutz vor einer Bedrohung durch die Sowjetunion bieten.

Die westeuropäischen Staaten erkannten nun, dass eine militärische Gefahr nicht mehr von Deutschland, sondern von der Sowjetunion ausging, und so begannen sie, Pläne für ein westliches Militärbündnis unter Einschluss der USA zu schmieden. Auf das an die Vormacht des Westens gerichtete Ansuchen, sich an einem solchen Bündnis zu beteiligen, reagierte die aber zunächst zurückhaltend. Ein vom damaligen Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, General Lucius D. Clay, im März 1948 an die US-Regierung gerichtetes Alarmtelegramm,² in dem er einen sowjetischen Angriff nicht ausschloss,

1 <https://de.alphahistory.com/kalter-Krieg/Vertrag-von-Dunkirk-1947> [Stand: 16.07.2021].

2 Siehe dazu: Wilfried Loth: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges, München 2000.

bewirkte ein Umdenken in Washington.³ Die Blockade West-Berlins durch die Sowjetunion von Juni 1948 bis Mai 1949 ließ die US-Regierung tatsächlich kurzzeitig die Suspensierung einer westdeutschen Staatsgründung



Amerikanischer Cartoon von D.R. Fitzpatrick aus dem Jahr 1949 anlässlich der Gründung der NATO
Abbildung: ullstein bild/Granger, NYC

erwägen; doch befürchtete sie einen Vertrauensverlust in Europa sowie eine langsame „Finnlandisierung“ Deutschlands. Und so kamen nun unter dem Eindruck der Berlin-Blockade die Verhandlungen über einen europäisch-amerikanischen Militärpakt rasch voran.

Am 4. April 1949 schlossen sich zwölf Staaten, neben den Brüsseler-Pakt-Staaten auch die USA und Kanada sowie Italien, Norwegen, Dänemark, Island und Portugal, zur *North Atlantic Treaty Organisation* (NATO), dem Nordatlantikpakt, zusammen. Einer der Kernpunkte des Vertrages war die Feststellung, dass die Mitglieder sich

3 Man nimmt jedoch an, dass Clay nicht wirklich Sorge vor einem sowjetischen Angriff hatte. Vielmehr wollte er mit diesem Telegramm Einfluss auf die Haushaltsverhandlungen im US-Kongress nehmen, wo eine deutliche Reduzierung der Rüstungsausgaben diskutiert wurde.

verpflichteten, „jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege [...] zu regeln [...] und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind“ (Art. 1).⁴ Die NATO definierte und definiert sich also als reines Verteidigungsbündnis. Sehr deutlich wird dies auch in Art. 5 des Vertrages. Hier wird festgehalten, dass ein Angriff auf eines der Mitgliedsländer als Angriff auf alle gesehen werde und dass diese sich in einem solchen Fall zur gegenseitigen Hilfestellung verpflichteten. Nicht festgeschrieben wird allerdings eine automatische militärische Beistandspflicht.

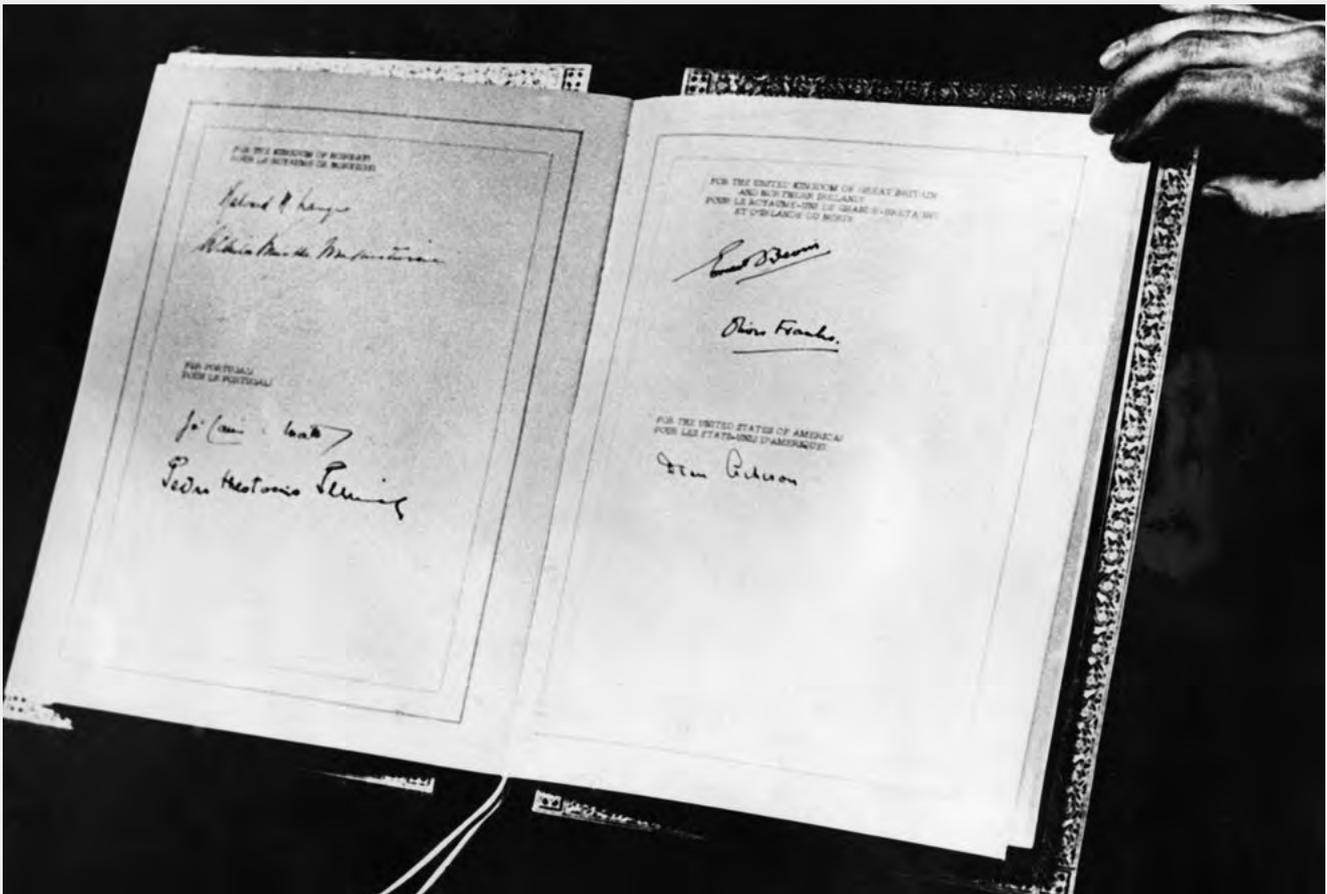
Ein weiteres Kernelement des Vertrages ist die Definition seines geographischen Anwendungsbereiches: Europa, Nordamerika, das Gebiet der Türkei und das atlantische Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses (Art. 6). Von dieser Definition des Anwendungsgebietes leitet sich auch der Name des Bündnisses (Nordatlantikpakt) ab.

Mitgliederentwicklung und Beitritt der Bundesrepublik Deutschland

Zu den zwölf Gründungsmitgliedern kamen 1952 Griechenland und die Türkei hinzu. Im Laufe der Nachkriegsjahre wurde sowohl in der NATO wie auch im jungen westdeutschen Staat zunehmend intensiver die Frage nach einem Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik diskutiert. Dass eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands aufgrund der jüngsten deutschen Geschichte skeptisch gesehen wurde und auch skeptisch gesehen werden musste, liegt auf der Hand, hatten die Alliierten des Zweiten Weltkrieges doch in Potsdam 1945⁵ eine Demilitarisierung Deutschlands beschlossen. Die Ausdehnung des sowjetischen Einflussgebietes auf Osteuropa inklusive des der kommunistischen Ideologie immanenten Gedankens der steten Ausbreitung, der Sieg des Kommunismus in China 1949, der beginnende Kalte Krieg zwischen West und Ost und vor allem der Beginn des

4 Vgl. Text des NATO-Vertrages: https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de [Stand. 16.07.2021].

5 Auf der Konferenz von Potsdam vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 haben sich die USA, Großbritannien und die Sowjetunion in Bezug auf Deutschland auf die sog. fünf Ds geeinigt: Demokratisierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung, Denazifizierung und Demontagen/Reparationen. Da die entsprechenden Bestimmungen aber sehr vage blieben, u. a., was die (unterschiedlichen) Vorstellungen von „Demokratie“ anbelangt, muss die Konferenz aber kritisch gesehen werden.



Der unterzeichnete NATO-Vertrag, April 1949
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo

Koreakrieges 1950 ließen aber auch eine andere Haltung als legitim erscheinen. Warum sollte sich genau der Staat, nämlich die Bundesrepublik, der sich exakt auf der westlichen Seite des Eisernen Vorhangs befand, nicht an der Verteidigung des Westens und auch an seiner eigenen Verteidigung beteiligen? Auf einer Außenministerkonferenz der drei westlichen Siegermächte im 1950 forderte US-Außenminister Acheson die Aufstellung westdeutscher Truppen in der Stärke von etwa zehn Divisionen. Es galt also, Konzepte zu entwickeln, die sowohl die Bedenken und Ängste berücksichtigten, die mit einer westdeutschen Remilitarisierung einhergingen, vor allem die französischen, wie auch Überlegungen zur Abwehr einer Gefahr durch die UdSSR. So entstand in Frankreich 1950 der Pleven-Plan. Dieser nach dem französischen Ministerpräsidenten René Pleven benannte Plan sah die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vor, in die auch die Bundesrepublik eintreten sollte – zwar mit deutschen Soldatenkontingenten,

jedoch ohne deutsche Beteiligung an der Kommandostruktur. So sollte eine eigenständige westdeutsche Armee verhindert, gleichzeitig aber eine Beteiligung der Bundesrepublik an der Verteidigung des Westens unter Berücksichtigung der französischen Sicherheitsinteressen gegenüber Deutschland gesichert werden.

Die Sowjetunion versuchte nun, die auch von Bundeskanzler Adenauer vorangetriebene Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern. In zwei Noten im März und April 1952 schlug Stalin eine Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage von freien Wahlen, eine eigenständige deutsche Armee und Blockfreiheit für ganz Deutschland vor, wohl wissend, dass dies vor allem von Frankreich nie akzeptiert werden würde. Adenauer erkannte dies und lehnte ab, ebenso die Westmächte; eine Wiedervereinigung Deutschlands sollte ausschließlich auf der Basis einer Westintegration erfolgen. Stalin erreichte aber sein eigentliches Ziel: Unruhe in das westliche Lager und auch in die bundesrepublikanische Gesellschaft hineinzutragen. Nicht nur



Die Bundesrepublik Deutschland wird als gleichberechtigtes 15. Mitglied mit einer feierlichen Zeremonie im Pariser Palais de Chaillot in die NATO aufgenommen. Bundeskanzler Konrad Adenauer hat hier als Leiter der deutschen Delegation während der Aufnahmezeremonie neben Pinay mit der französischen Delegation Platz genommen.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/UPI

wurde von der SPD ein Eingehen auf Stalins Vorschlag verlangt, es entstand zudem eine „Ohne-mich-Bewegung“, die eine westdeutsche Wiederbewaffnung grundsätzlich ablehnte. Diese wurde nicht nur von der SPD, sondern auch von Gewerkschaften und Kirchen unterstützt.

Im Mai 1952 wurde der EVG-Vertrag zwar von allen Beteiligten (Frankreich, Italien, den Beneluxländern und Deutschland) unterzeichnet; dennoch scheiterte der Plan am Ende. Die dem Vertrag skeptisch gegenüberstehenden Gaullisten⁶ hatten in der Zwischenzeit die Macht in Frankreich übernommen; die Weigerung Großbritanniens, sich der EVG anzuschließen und so Souveränitätsrechte abzugeben, tat ein Übriges. So lehnte letztendlich die französische Nationalversammlung eine Ratifizierung des Vertrages im August 1954 ab.

6 Konservative politische Strömung in Frankreich, benannt nach Charles de Gaulle.

Um aber dennoch einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik zu erreichen, wurde 1954 der Brüsseler Pakt unter Einbeziehung Italiens und der Bundesrepublik 1954 zur Westeuropäischen Union (WEU) weiterentwickelt.⁷

Auf der Grundlage der Pariser Verträge von 1954, mit denen unter anderem das Besatzungsregime in Westdeutschland beendet wurde, und des Deutschlandvertrages aus dem Jahr 1955, mit dem die weitgehende Souveränität der Bundesrepublik hergestellt wurde, trat die Bundesrepublik 1955 auch der NATO bei. Die Bundeswehr wurde mit dem Ziel gegründet, zwölf Divisionen mit insgesamt 500.000 Soldaten aufzustellen.

1982 wurde Spanien in die NATO aufgenommen, und nach der Zeitenwende 1989/90 und dem damit verbundenen Ende des Kalten Krieges folgten 1999 Polen,

7 Die WEU erlangte neben der NATO jedoch nie wirkliche Bedeutung und wurde 2010/11 aufgelöst.

die Tschechische Republik und Ungern, 2004 Bulgarien, die baltischen Staaten, Rumänien, Bulgarien, die Slowakei und Slowenien. 2009 kamen Albanien und Kroatien hinzu, 2017 Montenegro und 2020 Nordmazedonien.

Strategische Konzepte

Von Anfang an beruhte das strategische Konzept der NATO auf dem Prinzip der Abschreckung, das in engem Zusammenhang mit ihrem Selbstverständnis als reinem Verteidigungsbündnis gesehen werden muss. Die NATO verpflichtet sich zu einer friedlichen Lösung von internationalen Konflikten, macht aber zugleich deutlich, dass ein potentieller Angreifer auch mit militärischen Konsequenzen rechnen muss. Dies soll einen Angriff auf eines oder mehrere NATO-Mitglieder von vornherein verhindern.

Worauf genau sollte in den vergangenen Jahrzehnten seit 1949 dieses Prinzip der Abschreckung fußen? Eine erste Taktik war die sogenannte „Vorwärtsverteidigung“, die aber, weil der Begriff Aggressionspotential beinhaltete, bald in „Vorneverteidigung“ umbenannt wurde. Man ging zunächst von einem konventionellen Angriff von Truppen des 1955 gegründeten Warschauer Paktes aus. Ein solcher Angriff sollte bereits an den Außengrenzen der NATO gestoppt und auf dem Boden des Gegners zurückgeschlagen werden, damit die Kampfhandlungen auf dessen Gebiet stattfanden. Da die europäischen Bündnispartner jedoch nicht über genügend Bodentruppen, Panzer etc. verfügten, um eine solche Vorgehensweise auch sicherzustellen, wurde diese Taktik 1957 um die Strategie der „*massive retaliation*“, einer „massiven Vergeltung“, erweitert. Jeder Angriff auf die NATO sollte mit einem massiven Nuklearschlag vergolten werden. „*Massive retaliation*“ setzt aber ein westliches Atomwaffenmonopol voraus. Mit der Entwicklung von Atomwaffen und entsprechenden Trägersystemen durch die Sowjetunion bis Anfang der 1960er Jahre wurden diese Strategie und die damit verbundene Doktrin der Abschreckung allerdings unglaubwürdig.

Dass die nächste Strategiephase offiziell erst 1968 begann, zeugt auch von einer gewissen Reformträgheit der NATO. 1968 wurde „*flexible response*“, die „flexible Antwort“, zur offiziellen NATO-Strategie. Ein potentieller Angreifer sollte abgeschreckt werden, indem man ihn im Unklaren über die Reaktion ließ. Die NATO erlangte so größeren Handlungsspielraum, war sie doch nun nicht mehr auf einen nuklearen Gegenschlag festgelegt.

Die vielzitierte Zeitenwende 1989/90/91 – die deutsche Wiedervereinigung, das Ende der Sowjetunion, der

Zusammenbruch des Ostblocks, die Auflösung des Warschauer Paktes – musste auch Konsequenzen für die Strategie des Nordatlantikpaktes haben. Das im November 1991 verabschiedete strategische Konzept⁸ ging noch von der Existenz der UdSSR aus, die jedoch wenige Wochen später zu existieren aufhörte. Die NATO erklärte ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den ehemaligen Ostblockstaaten und vor allem mit Russland. Zudem wurde die Bedeutung der Fortführung von Abrüstungsbestrebungen sowie des KSZE-Prozesses⁹ hervorgehoben. Die Bedrohung durch einen Gegner, nämlich Russland bzw. den Warschauer Pakt, sei nicht mehr gegeben und die Bündnisstrategie daher nicht mehr auf sie fixiert; eine Abkehr von der Vorneverteidigung wurde festgelegt, der Grundsatz der flexiblen Antwort war weniger auf Nuklearwaffen gestützt, die Truppenstärke sollte insgesamt reduziert werden, es blieben aber weiterhin amerikanische Truppen in Europa präsent. Die Gefahren für die Sicherheit der Mitgliedsstaaten seien nun vielgestaltig und daher schwerer vorherzusehen. Zwar wurde die Gültigkeit des Vertrags von Washington aus dem Jahr 1949 – und hier besonders die Artikel 5 und 6 – betont; doch mit der Formulierung, die Sicherheit des Bündnisses müsse auch den globalen Kontext berücksichtigen, wurde schon hier klar, dass die NATO bereit war, auch „*out of area*“, also jenseits des in Art. 6 definierten Anwendungsbereiches, zu agieren.

Bereits im Sommer 1997 gaben die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer ein neues Konzept in Auftrag, das 1999 beschlossen wurde und auch unter dem Eindruck des Jugoslawienkrieges stand.¹⁰

Als neue Gefahren wurden die Verbreitung von Know-how zur Herstellung von Waffen sowohl durch staatliche wie auch durch nicht-staatliche Akteure und ebenso Angriffe auf „Informationssysteme“ des Bündnisses gesehen. Besonderes Augenmerk wurde auf die Partnerschaft mit Russland gelegt. Darüber hinaus wurden Terrorismus und organisiertes Verbrechen als Bedrohung definiert. Erneut wurde betont, dass die NATO bereit sei, „*out of area*“ zu agieren. Hier gab es allerdings Meinungsverschie-

8 https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23847.htm?selectedLocale=en [Stand: 16.07.2021].

9 Die erste Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa fand von 1973 bis 1975 in Helsinki statt und diente der Annäherung der beiden Blöcke Ost und West. Ab 1977 fanden regelmäßig Folgekonferenzen statt, zuletzt in Budapest 1994, wo auch beschlossen wurde, die Konferenzstruktur in eine feste Organisationsstruktur zu überführen. Seitdem spricht man von der OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

10 <https://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-065d.htm> [Stand: 16.07.2021].



Ein deutscher KFOR-Soldat trägt am 10. Dezember 2013 in Novo Selo während einer Weihnachtsfeier das KFOR-Abzeichen. Die KFOR (englisch *Kosovo Force*), ist die 1999 nach Beendigung des Kosovokrieges aufgestellte multinationale militärische Formation unter der Leitung der NATO. Derzeit leisten etwa 3.400 Soldatinnen und Soldaten, davon rund 80 aus Deutschland, im Kosovo ihren Dienst.

Foto: picture alliance/dpa/Fotograf: Maurizio Gambarini

denheiten innerhalb des Bündnisses. Während vor allem Frankreich auf einer Mandatierung von *Out-of-area*-Einsätzen durch die Vereinten Nationen oder die OSZE pochte, bestanden die USA und eine Mehrheit der Mitglieder darauf, dass die Allianz gegebenenfalls auch ohne ein solches Mandat, also „*out of United Nations*“, handeln könne. Die Luftoperation „*Allied Force*“ gegen Jugoslawien stellte in der Tat eine Zäsur dar. Erstmals wendete die NATO militärische Gewalt gegen einen souveränen Staat an, ohne dass es sich um einen Akt der Selbstverteidigung handelte, und zwar außerhalb des in Art. 6 definierten Einsatzgebietes und ohne dass ein UN-Mandat vorgelegen hätte. Es soll und darf nicht unerwähnt bleiben, dass „*Allied Force*“ den Kosovo-Konflikt beendete. Klar ist auch, dass die NATO mit diesem Einsatz einen Präzedenzfall geschaffen hat.

Nach den Terroranschlägen auf die USA am 11. September 2001 rief die NATO erstmals in ihrer Geschichte

den Bündnisfall gemäß Art. 5 des Washingtoner Vertrages aus: Der Angriff auf die USA wurde als Angriff gegen alle NATO-Mitgliedsländer gewertet, die nun zur Hilfestellung verpflichtet waren. Zudem bezeichnete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Anschläge als „Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ und betonte das Recht der USA zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung im Sinne des Artikels 51 der UN-Charta. Da die islamistische Taliban-Regierung Afghanistans die für die Anschläge verantwortliche Terrorgruppe Al Qaida unterstützte, beschloss der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Aufstellung der „*International Security Assistance Force*“ (ISAF) zum Aufbau dauerhafter Regierungsinstitutionen in Afghanistan. 2003 wurde der Einsatz unter NATO-Oberkommando gestellt. ISAF endete 2014, die Nachfolgemission „*Resolute Support*“ begann 2015. 2021 entschieden sich die USA, ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen, die NATO-Partner



Gedenkbrunnen an die Opfer des bei den Terroranschlägen am 11. September 2001 zerstörten *World Trade Centers* in New York City. Das Gelände wird auch *Ground Zero* genannt, aufgenommen 2018.

Foto: *Süddeutsche Zeitung* Photo/Fotografin: Regina Schmeken

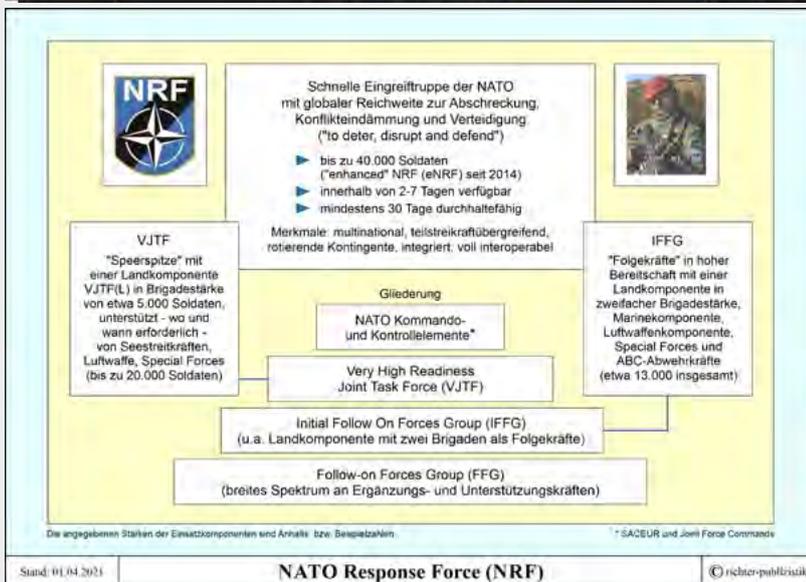
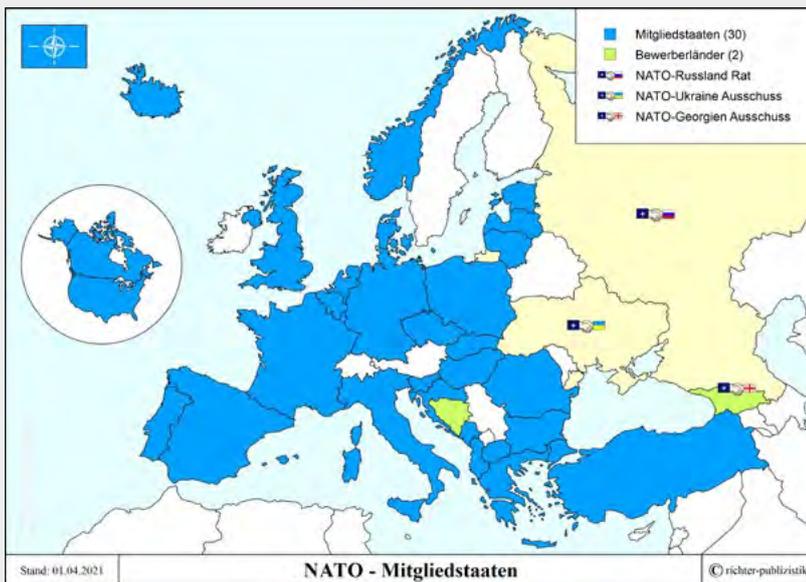
schlossen sich dieser Entscheidung an, und so endet der Einsatz der NATO in Afghanistan noch in diesem Jahr.

2010 gab sich die NATO erneut ein neues strategisches Konzept mit dem Titel „Aktives Engagement, moderne Verteidigung“.¹¹ Weiterhin soll die Fähigkeit des Bündnisses zur Abschreckung sowohl auf konventionellen wie auch auf nuklearen Kapazitäten beruhen. Um dies zu gewährleisten, werden der Aufbau eines Raketenabwehrsystems und die Fähigkeit zur Abwehr von chemischen, biologischen, radiologischen, nuklearen und von Cyberangriffen sowie die Fähigkeit zur Abwehr von Terrorangriffen und der Schutz von Energieinfrastruktur angekündigt. Eine wichtige Rolle in diesem Konzept spielt auch das Thema Krisenmanagement. So soll sich das Bündnis

„wenn möglich und erforderlich engagieren, um Krisen zu verhüten und zu managen und um Postkonfliktsituationen zu stabilisieren und Wiederaufbau zu unterstützen“. Betont werden auch eine enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und den Vereinten Nationen sowie die Bereitschaft zur Partnerschaft mit Ländern der ganzen Welt. Insbesondere Russland wird eine solche Partnerschaft angeboten.

In eine ernste Krise geriet die NATO während der Amtszeit des US-Präsidenten Trump, der mit seiner „*America first*“-Politik nicht nur die Bündnispartner verunsicherte. So kritisierte er wiederholt, dass einige NATO-Mitglieder nicht, wie vereinbart, zwei Prozent ihres BNP für Rüstungsausgaben aufwendeten – seine besonders scharfe Kritik richtete sich hier gegen die Bundesrepublik –, und stellte überdies auch die transatlantische Partnerschaft und die Existenz der NATO selbst immer wieder in Frage. Der neue US-Präsident Joe Biden besteht zwar ebenso auf dem

11 https://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_68580.htm [Stand: 16.07.2021].



Region	Jahr	Monat	Beschreibung
Kosovo	1999	Juni	Kosovo Force (KFOR) Multinationale Kräfte unter Führung der NATO zum Aufbau und Erhalt eines sicheren Umfelds im Kosovo.
Afrika	2005	Juni	Unterstützung der Afrikanischen Union (AU) u. a. strategischer Luft- und Seetransport, Unterstützung der AU-Mission in Somalia (AMISOM), Ausbildung und Beratung der African Standby Force (ASF)
Balkum Westbalkan	2014	—	Air Policing Missions Seit der russischen Intervention in der Ukraine verstärkte Luftraumüberwachung und Luftraumschutz der NATO-Staaten im Balkum und auf dem Westbalkan.
Afghanistan	2015	Januar	Resolute Support Mission (RSM) Nachfolge mission der Ende 2014 beendeten ISAF. Im Mittelpunkt stehen Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte.
Mittelmeer	2016	Oktober	Operation Sea Guardian Nachfolge mission der Oktober 2016 beendeten Operation Active Endeavour. Erweiterter Auftrag als ständige maritime Sicherheitsoperation im gesamten Mittelmeer.
Irak	2018	Juli	NATO Mission Iraq Training und Unterstützung der irakischen Sicherheitskräfte u. a. auch in Koordination mit der internationalen Allianz im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS).

Auswahl von Einsätzen. Die Jahres- und Monatsangaben markieren jeweils den Beginn der Einsätze.

Stand: 01.04.2021

Militärische Einsätze der NATO (aktuell)

© Richter-Publizistik

Abbildungen: Richter-Publizistik, Bonn, (www.crp-infotec.de)

Zwei-Prozent-Ziel, betont dafür aber die Bündnistreue der USA und die Bedeutung der amerikanisch-europäischen Partnerschaft und der NATO.

Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim im Jahr 2014 und dem Versuch, sich den Osten der Ukraine einzuverleiben oder die Ukraine durch eine Spaltung zumindest zu schwächen, hat Russland ein neues sicherheitspolitisches Kapitel in Europa aufgeschlagen. Die Sorge osteuropäischer Staaten vor einem russischen Hegemonialstreben ist vor dem Hintergrund des undemokratischen autoritären Führungsstils des russischen Präsidenten Putin mit Sicherheit berechtigt. Hier erwächst der NATO eine schwierige Aufgabe für die Zukunft, die nicht militärisch, sondern nur politisch zu lösen sein wird.

Vor dem Hintergrund der anwachsenden wirtschaftlichen, politischen, aber auch militärischen Bedeutung der Volksrepublik China verwundert es nicht, dass der NATO-Gipfel 2021 sich dieses Themas angenommen hat. Zwar betonte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, dass das Bündnis seine geografische Zuständigkeit nicht ausweiten wolle, doch kann der Pakt die Kooperation von Russland und China im militärischen Bereich – wie bei gemeinsamen Manövern – auch nicht ignorieren. Weitere Gefahren stellen nach wie vor Terrorismus und Cyberangriffe dar, so beschrieben in der „NATO 2030“-Reform, dem neuesten Positionspapier des Bündnisses. Ein neues strategisches Konzept soll 2022 vorgestellt werden. ▀

Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. von der Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Christina Gibbs, Markus Baar, Andreas Hesse

Titelbild: Im Pekinger Nationalstadion wird der Partei anlässlich des 100. Geburtstages gehuldigt, am Himmel explodiert ein ausuferndes Feuerwerk. Foto: Lintao Zhang/Getty Images

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren. Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Englschalkinger Str. 12
81925 München
Telefon: 089 9541154-00
Fax: 089 9541154-99
landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

BLZ AUF SOCIAL
MEDIA

